

Dringliche Interpellation Judith Renner-Bach (BDP), Béatrice Wertli (CVP), Martin Trachsel (EVP), Michael Köppli (GLP): Das Herz der Berner Fachhochschule schlägt in Bern!

Der Grosse Rat hat entschieden: In Biel wird für alle technischen Disziplinen der Fachhochschule ein Campus gebaut. Burgdorf erhält eine Kompensation für die Schliessung des „Techs“. Einmal mehr waren regionalpolitische Interessen wichtiger als eine kohärente Bildungspolitik. Einmal mehr wird an veralteten Strukturen festgehalten. Und wo bleibt das urbane Zentrum Bern? Fehlt es uns wirklich an Kraft, Kreativität und Mut? Wie sollen wir als Hauptstadtregion mit den Metropolen Zürich, Genf oder Basel in Konkurrenz treten, wenn wir uns ständig von den Regionen zurückbinden lassen?

Der Ersatz des „Techs“ soll zusammen mit dem Bauprojekt für den Campus in Biel vorbereitet werden. Wird der Standort Bern Federn lassen müssen? Die Zukunft unserer Stadt als Bildungs- und Forschungszentrum steht auf dem Spiel. Für die Unterstützung aus Bern für die Departemente in Bern besteht eine letzte Schonfrist. In den technischen Disziplinen wird im Interesse der nationalen Wettbewerbsfähigkeit konzentriert. Dafür könnte in den übrigen Departementen Wirtschaft, Gesundheit, Soziales mit insgesamt über 2600 Studierenden und Künste mit rund 1000 Studierenden eine Verzettelung geplant werden. Dabei wäre eine Verzahnung von verschiedenen Ausbildungsrichtungen an der Fachhochschule auch auf dem Platz Bern dringend nötig. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit der Universität Bern könnte zudem neue, attraktive Möglichkeiten für die Studierenden bieten. Lehre und Forschung sind für den Wirtschaftsstandort und die Wohnstadt Bern ein zentraler Standortfaktor, der nicht ohne Not geschmälert werden darf.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation für den Bildungs- und Forschungsstandort Bern nach diesem Entscheid des Grossen Rates?
2. Welche Massnahmen/Lobbyarbeit hat der Gemeinderat im Vorfeld zur Abstimmung im Grossen Rat unternommen? Wie haben sich diese rückwirkend betrachtet ausgewirkt?
3. Welche strategischen Überlegungen stellt der Gemeinderat im Hinblick auf die Zukunft der Berner Fachhochschule in Bern an?
4. Mit welchen Massnahmen will der Gemeinderat die Neuevaluation im Interesse der Bundesstadt beeinflussen?

Begründung der Dringlichkeit

Der Kanton ist beauftragt, die Standorte Bern und Burgdorf gleichwertig zu evaluieren. Massnahmen der Stadt Bern müssen sofort diskutiert und getroffen werden, wenn sie sich als Bildungs- und Forschungszentrum profilieren will. Die Frage nach dem Berner Standort darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Bern, 29. März 2012

Dringliche Interpellation Judith Renner-Bach (BDP); Béatrice Wertli (CVP), Martin Trachsel (EVP), Michael Köppli (GLP): Jürg Weder, Claude Grosjean, Peter Ammann, Kurt Hirsbrunner, Claudio Fischer, Edith Leibundgut, Sonja Bietenhard, Philip Kohli, Martin Mäder, Martin Schneider, Christoph Zimmerli

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Die beiden einschlägigen Berichte des Regierungsrats zuhanden des Grossen Rats kamen einhellig zum Schluss, dass eine Vollkonzentration der Berner Fachhochschule (BFH) in der Stadt Bern die besten Voraussetzungen für deren Entwicklung bieten und längerfristig die kostengünstige Variante darstellen würde. Für die weiterführenden Arbeiten schlägt der Regierungsrat indessen die zweitbeste Variante vor: Einen zeitlich priorisierten Technik-Campus in Biel und eine Teilkonzentration der nichttechnischen Departemente zu einem späteren Zeitpunkt in der Stadt Bern.

Damit gewichtet der Regierungsrat in Bezug auf die technischen Ausbildungsgänge und der dazu gehörenden Forschung die örtliche Nähe zu den im Raum Biel ansässigen Industrieunternehmen höher, als die möglichen Synergiepotenziale am Bildungsstandort Stadt Bern. Für den Gemeinderat ist diese Strategie an sich nachvollziehbar, nicht zuletzt deshalb, weil mit dem Campus Biel die Chancen, dort einen Nationalen Innovationspark anzusiedeln, steigen. Deshalb unterstützt er die Haltung der Regierung explizit - zum Wohle des Kantons Bern und der Hauptstadtregion.

Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat kein Verständnis für die regionalpolitisch motivierte Planungserklärung des Grossen Rats, der aus der BFH einen Flickenteppich knüpfen will. Dass der Entscheidungsprozess im Grossen Rat und in dessen Umfeld phasenweise zu einem regionalpolitischen Hornbergerschiessen verkam, hängt leider nicht zuletzt mit dem vom Regierungsrat gewählten Vorgehen ab. Indem sich die infrage kommenden Standortgemeinden beim Kanton um die Gunst, BFH-Standort bleiben zu dürfen, bewerben mussten, setzte die Regierung von Anfang an auf Konkurrenz statt auf Dialog und nahm somit eine regionalpolitische statt eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem für den ganzen Kanton äusserst wichtigen Thema in Kauf.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat teilt das in der Interpellation zum Ausdruck kommende Unverständnis bezüglich des Entscheids des Grossen Rats und die Sorge um den Bildungsstandort Bern. Eine allfällige Verlegung von einem oder mehreren Departementen der BFH nach Burgdorf würde den Bildungs- und Forschungsstandort Bern fraglos schwächen. Dramatischer wären allerdings die Konsequenzen für die BFH: Bei einem Abzug der in Bern ansässigen Departemente, würde die BFH um überlebenswichtige Partnerinnen und Partner aus den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Kultur und Universität zu einem beträchtlichen Teil beraubt. Nun: Eine Planungserklärung ist noch kein Entscheid. Und auch die BFH selber sieht von einer Dramatisierung ab. Anders könnte man die euphorische Reaktion der BFH nicht erklären. Zitat von Herrn Dr. Bindschedler, wie er sich gegenüber der Tagespresse nach der Grossratsdebatte verlauten liess: „Das ist einer der glücklichsten Tage in meiner Zeit als Schulratspräsident der Berner Fachhochschule.“

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat hat nebst der Einreichung eines qualitativ hochstehenden „Bewerbungsdossiers“ seine Position im Vorfeld des Entscheids des Grossen Rats im Rahmen von zwei Veranstaltungen mit den stadtbernischen und regionalen Mitgliedern des Grossen Rats dargelegt und diskutiert. Zudem wurde der Gemeinderat eingeladen, in der vorberatenden Kommission des Grossen Rats seine Haltung direkt einzubringen. Dabei fokussierte er in erster Linie auf Entwicklungschancen der BFH und verzichtete auf ein regionalpolitisches Lamentieren. Im Weiteren hat die städtische und regionale Wirtschaftsförderung „Wirtschaftsraum Bern“ das Lobbying der Berner Wirtschaft organisiert. Zahlreiche Wirtschaftsvertreter in und um Bern bekannten sich zur BFH am Standort Bern, haben sich in einem Komitee zusammengeschlossen und direkt bei Mitgliedern des Grossen Rats interveniert. Wirtschaftsraum Bern unterstützte auch eine Initiative aus den Reihen des Stadtrats, mit welcher schriftlich an alle Grossrätinnen und Grossräte appelliert wurde. Der Gemeinderat geht somit davon aus, dass allen Grossrätinnen und Grossräten die Haltung der Stadt Bern bestens bekannt war. Die Argumente aus Bern wurden zwar erhört, blieben aber letztlich ohne nachhaltige Wirkung. Eine eindrückliche Mehrheit - u.a. auch 90 (!) Prozent der Grossrätinnen und Grossräte, die sich aus den interpellierenden Parteien aus dem Stadtrat rekrutieren - sprach sich für die vertiefte Abklärung des Standorts Burgdorf aus. Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass selbst die Argumente der Regierung, die sich mit denjenigen des Gemeinderats deckten, im Grossen Rat ebenfalls kein Gehör fanden. Unter diesen Voraussetzungen konnte das Lobbying aus der Stadt Bern auch keine Wunder wirken.

Zu Frage 3 und 4:

Die Analyse des Entscheids zur Planungserklärung bleibt widersprüchlich: Rückmeldungen aus den Reihen des Grossen Rats qualifizieren die Planungserklärung innerhalb eines Spektrums von einem „glasklaren Entscheid für den Standort Burgdorf“ bis zu einer „politaktischen Beruhigungspille für die Stadtpräsidentin aus Burgdorf“. Einigkeit herrscht darin, dass es bei dieser ersten Entscheidungsphase primär darum ging, den Standort Biel mit einem voll ausgebauten Technik-Campus zu sichern. Entsprechend bildeten sich die dazu notwendigen Koalitionen. Wie bereits ausgeführt: Eine Planungserklärung ist noch kein Entscheid. Wenn es nun um eine Neuevaluation der Standorte Bern und Burgdorf geht, verlangt der Gemeinderat vom Kanton, dass er sämtliche Anspruchsgruppen - oder neudeutsch ausgedrückt: Stakeholders - in diesen Prozess einbezieht. Der Gemeinderat denkt dabei insbesondere an die ortsansässige Wirtschaft, die Universität, die Organisationen des Gesundheitswesens, vorab natürlich das Inselspital, sowie die kulturellen Institutionen, die alle heute eng mit der BFH zusammenarbeiten. Der Einbezug dieser Anspruchsgruppen hat der Kanton bisher sträflich vernachlässigt. Im Weiteren wünscht die Stadt, dass der Kanton auf die Karte „Dialog“ setzt und von seiner künstlich aufgesetzten Konkurrenzstrategie Abstand nimmt. Schliesslich erwartet der Gemeinderat, dass er sich ernsthaft mit Kompensationsmöglichkeiten für die Stadt Burgdorf auseinandersetzt. Die Stadt Burgdorf hat ja bekanntlich signalisiert, dass Kompensationen auch ein Schlüssel zur Problemlösung sein könnten. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass bei einer sorgfältigen Evaluation und unter der Prämisse, die beste Lösung für die BFH zu realisieren, sich nur der Standort Bern anbietet.

Bern, 2. Mai 2012

Der Gemeinderat